

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP**

### **Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin am 27. und 28. August 2007**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Berlin am 28. August 2007 verabschiedeten Beschlüssen (Anlagen 1 - 3) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, den Beschlüssen der 16. BSPC sowie der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
  - a) dass wesentliche vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern - im Rahmen des 5. Parlamentsforums Südliche Ostsee - initiierte Beschlüsse sowie Feststellungen und Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Themenfelder „Integrierte maritime Politik“, „Meeresschutz“ sowie „Eutrophierung“ und auch der Bereich „Energie und Klima“ von der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben und
  - b) dass der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz insbesondere auch eine Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel einsetzen will und den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen maritimer Politiken sowie bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes fortzusetzen und wird die damit verbundenen Aufgaben aktiv wahrnehmen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene
- a) nachdrücklich für die in der Resolution sowie den in dem Beschluss zu den Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ enthaltenen Forderungen und Maßnahmevorschlägen einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die Entwicklungen in der Ostseeregion entsprechend zu unterrichten,
  - b) sich entsprechend der Beschlusslage des Landtages auch dafür einzusetzen, dass beim Ostseerat eine „Task Force Maritime Policy“ eingerichtet wird sowie
  - c) sich für die Initiierung von „Clean-Port“- und „Clean-Ship“-Projekten in geeigneten Häfen Mecklenburg-Vorpommerns, mit dem Ziel einer umweltschonenden Landstromversorgung von Schiffen (insb. Kreuzfahrt- und Fährschiffe) einzusetzen und diese fortzuentwickeln.

**Volker Schlotmann und Fraktion**

**Dr. Armin Jäger und Fraktion**

**Prof. Dr. Wolfgang Methling und Fraktion**

**Michael Roolf und Fraktion**

**Begründung:**

Vom 27. bis 28. August 2007 fand in Berlin die 15. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) statt. Mehr als 200 Teilnehmer, Delegierte nationaler und regionaler Parlamente aller Ostseeanrainerstaaten sowie Beobachter und Gäste, erörterten in drei Sitzungsabschnitten als Hauptthemen die „Zusammenarbeit in der Ostseeregion einschließlich Energiefragen“, „Arbeit und Soziale Wohlfahrt“ sowie die „Integrierte Meerespolitik“. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Abgeordneten Detlef Müller, Renate Holznagel, Birgit Schwebs und Sigrun Reese vertreten.

Angesichts des Themenbereiches „Integrierte Meerespolitik“ waren zum einen die Ergebnisse der BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“, zum anderen die derzeit politisch schwierigen Diskussionen im Rahmen des Einigungsprozesses bei HELCOM über adäquate nationale Maßnahmen im Rahmen des Ostseeaktionsplanes sowie mögliche Auswirkungen des Baus der geplanten Nordeuropäischen Erdgaspipeline durch die Ostsee wesentliche Diskussions-schwerpunkte.

Der aus der Anlage 1 ersichtlichen Konferenzresolution wurde einstimmig entsprochen. Ebenso wurden die politischen Empfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ (Anlage 2) sowie die Ergänzung der Geschäftsordnung der Konferenz hinsichtlich der gemeinsamen Finanzierung des BSPC-Sekretariats (Anlage 3, Anhang 3) einstimmig angenommen.

In seiner Begrüßung führte Bundestagspräsident **Dr. Norbert Lammert** aus, dass man sich in der Ostseeregion heute auf einem Weg befinde, auf dem Kooperation und gemeinsame Entwicklung möglich geworden seien. Er bezeichnete die Region als strategischen Raum für Europa und als Modell für die Überwindung der einstigen politischen Teilung, wodurch gemeinsame Entwicklungen zukünftig möglich seien. Die Konferenz erörtere mit dem Thema „Energie“ ein politisches Thema, das hinsichtlich der künftigen Energieversorgung und des Klimawandels in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft grundlegende Bedeutung habe. Dies habe der letzte G8-Gipfel in Heiligendamm deutlich belegt. Diese Aussage treffe ebenso auf das zweite Konferenzthema zu, die Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes und die damit verbundenen Fragen der Organisation sozialer Sicherungssysteme. Wesentlich sei, dass die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen regionalen und nationalen Parlamenten funktioniere. Dafür sei die Ostseeparlamentarierkonferenz beispielgebend in Europa.

Als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der BSPC eröffnete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales **Franz Thönnies** die 16. Konferenz mit der Feststellung, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz ein gelebter Ausdruck der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei. Er bezeichnete eine sichere und saubere Ostsee, eine ökonomisch starke und innovative Region mit sozialer Verantwortung, ein nachhaltiges Kooperationsnetzwerk sowie eine enge Zusammenarbeit mit Russland als Maximen für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie in der Ostseeregion.

Als Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments bewertete **Diana Wallis** Arbeit und Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt als zentrale Punkte für die europäische Politik in Europa. Dies seien grundlegende Voraussetzungen für die Freiheit und den sozialen Frieden in Europa. Sofern die Mitgliedstaaten der EU nicht imstande seien, dies zu garantieren, habe die Kommission Sorge dafür zu tragen. Man solle sich davor hüten, neue Grenzen aufzubauen. Zudem betonte sie die notwendige Unterstützung der Nördlichen Dimension des Europäischen Parlaments.

Als Vizepräsidentin des Nordischen Rates unterstrich **Berit Brørby** die Notwendigkeit, sich politisch verstärkt der Klimaerwärmung und den damit verbundenen Folgen - insbesondere in der Arktischen Region - anzunehmen. Treibhausgasemissionen seien zügig zu reduzieren und ebenso seien Strategien zu entwickeln, um sich an die Geschwindigkeit laufender Klimaveränderungen anzupassen. Finnland arbeite daran. Für Arbeitsmigranten forderte sie eine adäquate Entlohnung, da größere Entlohnungsdifferenzen die gesellschaftliche Entwicklung behindern.

**Hill-Marta Solberg**, Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Konferenz der Parlamentarier der Arktischen Region, mahnte an, Umwelt-, Klima- und Energieprobleme in den politischen Fokus zu stellen, da diese Bereiche mittlerweile dramatische Auswirkungen für die Arktischen Regionen mit sich brächten. Andererseits führe der Rückgang der arktischen Eiskappe auch zu positiven Veränderungen, wie beispielsweise einer stärkeren Verkehrsentwicklung sowie Nutzung von Bodenschätzen. In diesem Zusammenhang seien die neuen Möglichkeiten aber zu regulieren und kontrollieren.

**Nino Burjanadze**, Präsidentin der Republik Georgien und Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, bewertete die derzeitigen globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen als einzigartig. Eine enge Kooperation zwischen Europa und der Schwarzmeerregion könne sich daher positiv auf die Nutzung von Möglichkeiten auswirken. Die Diversifizierung von Energiequellen sei in diesem Zusammenhang extrem wichtig, um insbesondere das Ausnutzen von Monopolstellungen zu verhindern. Staaten dürften energiepolitisch nicht erpressbar sein. Sie wies auf die ungelösten Probleme in der Region hin und warf Russland vor, für Anschläge in Georgien verantwortlich zu sein.

#### **1. Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion einschließlich Energiefragen**

Als amtierender Vorsitzender des Ostseerates stellte der Außenminister der Republik Lettland, **Dr. Artis Pabriks**, heraus, dass die Bereiche Energieversorgung, Bildung sowie allgemeine Sicherheit für die Ostseeregion - insbesondere im Hinblick auf ihre globale Wettbewerbsfähigkeit - prioritär seien. Dieses Potenzial gelte es auszubauen. Andererseits gebe es aber auch Probleme, wie Menschenhandel und andere organisierte Kriminalität, die bekämpft werden müssen. Dazu gehöre auch die Verfolgung und Verhinderung von Korruption auf allen Ebenen.

**Franz Thönnies** bewertete die Ostseeregion als eine der am stärksten entwickelten und integrierten Regionen Europas, mit überdurchschnittlichen Lebensstandard und guter Wettbewerbsfähigkeit. Die Ostsee selbst habe als wichtiger Verkehrsweg steigende Transportmengen zu bewältigen. Negativ sei, dass die Ostsee zusehends verschmutze, in der Region der Energieverbrauch steige und andererseits die Energiereserven sänken. Insofern seien nachhaltige Produktionsverfahren einzuführen und Verbrauchergewohnheiten zu ändern. Demokratie und eine funktionierende Zivilgesellschaft seien die Basis für soziale Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum in der Region. Er führte weiter aus, dass sich die BSPC mit der Bildung des Erweiterten Ständigen Ausschusses, der Festigung der Beziehungen zum Ostseerat und der Befassung mit aktuellen politischen Fragen fortentwickelt habe. Gerade letzteres erfahre regierungsseitig immer häufiger Beachtung. Zukünftig solle die Arbeit der BSPC durch eine gemeinsame Finanzierung des Sekretariates in Kopenhagen gesichert werden. Im Fortgang stellte er die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ heraus und unterstrich die Zusammenarbeit der BSPC mit HELCOM.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Günter Gloser**, stellte die Ostseeregion als Vorbild für eine erfolgreiche Kooperation in Europa heraus. Die Anrainerstaaten profitierten durch den Abbau von Handelsbarrieren, vom besseren Umweltschutz sowie der Vielzahl von Projekten, die durch die EU unterstützt würden. Sicherheit entstünde durch eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie durch einen engen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Austausch auf allen Ebenen. Problematisch sei die sich verstärkende Nutzung der Ostsee in allen Bereichen. Insofern sei die Verabschiedung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes sehr wichtig, um den Schutz des gemeinsamen Meeres gewährleisten zu können.

**Andris Kesteris**, Kabinettschef des EU-Kommissars für Energiefragen, konstatierte, dass man weltweit vor den gleichen politischen Herausforderungen stünde. Dies seien die Globalisierung, Herausbildung von Monopolen sowie Klima- und Umweltschutz. Er betonte, dass eine sichere Energieversorgung für die Ostseeregion vorrangig sei, wobei die Öl- und Gasversorgung hauptsächlich durch Norwegen und Russland geleistet werde. In diesem Zusammenhang merkte er an, dass die Zuverlässigkeit Russlands als Energiepartner für Europa nicht im gewünschten Maße vorhanden sei. Eine einseitige Abhängigkeit sei zu vermeiden, die Diversifizierung solle vorangetrieben werden. 50 % der für Europa erforderlichen Energiemenge müsse importiert werden. Im Hinblick auf den geplanten Bau der Nordeuropäischen Gaspipeline forderte er die größtmögliche Transparenz sowie eine weitreichende Berücksichtigung von Umwelterfordernissen im Zuge des Genehmigungsverfahrens. Er führte weiter aus, dass der Europäische Rat im Frühjahr dieses Jahres über Solidaritätsmechanismen beraten habe. Durch eine Verbesserung und Ausweitung der Übertragungsinfrastruktur in Europa wolle man zukünftig Lieferschwankungen vermindern. Zudem werde der Ausbau erneuerbarer Energien forciert. Diese würden hauptsächlich über Europa bezogen. Deutschland und Dänemark seien beim Export erneuerbarer Energien führend. Für das Erreichen des vorgegebenen Einsparungsziels von 20 % bis 2020 seien Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie Einsparmaßnahmen vorrangig, da es große Unterschiede zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten gebe. Das Einsparpotenzial entspreche in etwa der Energiemenge, die durch die neue Gaspipeline transportiert werde. Darüber hinaus sprach er sich für die Beibehaltung von Energiesteuern aus, damit Energie nicht bedenkenlos verbraucht werde. Er kritisierte, dass die Energiemärkte in der Regel rein national ausgerichtet seien und demnach die Vernetzung unzureichend sei. Für den Leitungsausbau würden in den nächsten Jahren rund eine Billion € benötigt.

Darüber hinaus seien die Energiepreise in Europa sehr unterschiedlich gestaltet und damit nicht vergleichbar. Dies erschwere den fairen Wettbewerb. Hier seien die europäische Gesetzgebung sowie die Rahmenbedingungen noch nicht ausreichend. Abschließend forderte er für Polen und die Baltischen Staaten ein Energienetz, wie es zwischen Deutschland und den Benelux-Staaten bestehe.

**Nils Freivalds**, stellvertretender Direktor der Abteilung Energie des lettischen Energieministeriums, führte aus, dass die baltischen Staaten ab 2009 vor Energieversorgungsproblemen stünden, da das Atomkraftwerk Ignalina in Litauen den Betrieb einstellen werde. Das Stromnetz des Baltikums sei nicht mit dem Europas vernetzt, sondern mit Russland. Langfristig (bis 2015) könne man das Problem durch Bau eines neuen Kernkraftwerkes lösen. Zurzeit arbeite man an einer Strategie, um dem Energiemangel 2010 bis 2015 auf der Grundlage von neuen Kohle- und Bioenergiekraftwerken auf der Grundlage der Kraft-Wärme-Kopplung zu begegnen. Für das Baltikum seien die sichere Energieversorgung und der Anschluss an das westeuropäische Netz von existenzieller Bedeutung. Mit EstLink werde eine erste Vernetzung von Tallinn und Helsinki hergestellt. Zukünftig soll mit SwedLink und GotLink weitere Verbindungen zwischen dem Baltikum und Skandinavien hergestellt werden. In Bezug auf die geplante Nordeuropäische Gaspipeline stellte er heraus, dass Lettland umfangreiche unterirdische Gasspeicher zur Verfügung stellen könne, um die europäische Versorgungssicherheit zu verbessern. Dazu sei allerdings eine Abzweigverbindung notwendig.

Staatssekretär **Rafal Wiśniewski** vom polnischen Außenministerium meinte, dass sich die zukünftige Zusammenarbeit in der Ostseeregion auf die Bereiche Energie und Meeresumweltschutz konzentrieren werde. Eine Diversifizierung der Energieerzeugung liege im polnischen Interesse, wobei die Versorgungssicherheit in Europa verstärkt werden müsse. Große Projekte bräuchten dabei eine breite Unterstützung. Derzeit bestehe eine große Lücke zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Energiemarkt. Ebenso sei die Markttransparenz sowohl auf der Erzeugerseite als auch auf der Netzbetreiberseite zu erhöhen. Hinsichtlich des Baus der geplanten Nordeuropäischen Gaspipeline habe Polen Vorbehalte, da der Trassenverlauf ehemalige Verklappungsgebiete für chemische Kampfstoffe aus dem zweiten Weltkrieg tangiere. Aus diesem Grunde sowie aus ökonomischen Gründen halte er eine landgebundene Pipeline für die bessere Variante.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion konstatierte **Ole Stavad** als Vorsitzender der Dänischen Delegation im Nordischen Rat, dass ein enger Dialog zwischen den Parlamenten mit den Regierungen der Ostseeanrainerstaaten notwendig sei, wobei die Arktische und die Barentsregion mit einzubeziehen seien. **Renate Holznagel** erklärte als Delegationsleiterin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, dass die Lösung von Energie- und Klimafragen bereits heute eine zentrale politische Herausforderung sei. Man müsse zukünftig zu erheblichen Effizienzverbesserungen bei der Energieerzeugung auf der Grundlage fossiler Energieträger gelangen. Darüber hinaus seien erneuerbare Energiequellen, insbesondere unter Berücksichtigung des regionalen Biomassepotenzials, die Nutzung der Solar-, Wind- und Wasserenergie wesentlich stärker als bisher zu fördern und zu unterstützen. Für Mecklenburg-Vorpommern sei es kein Problem den von der EU angestrebten Anteil regenerativer Energien von 20 % zu erreichen.

**Vantanyar Yagya** (St. Petersburg) stellte fest, dass die Diskussionen der Konferenz zunehmend inhaltreicher und vielfältiger würden. Im Hinblick auf die Gaspipeline mahnte er eine Räumung der militärischen Altlasten in der Ostsee an. Er warnte allerdings auch vor neuen politischen Trennlinien in Europa, wie dies durch die Stationierung von Radarüberwachungs- und Raketenabwehrsystemen in Europa entstehen könne. **Sten Gade** vom dänischen Folketing schlug vor, das Mandat der Arbeitsgruppe Eutrophierung auch auf Vorschläge für umweltrelevante Gesetzesänderungen in der Ostseeregion auszuweiten. **Dorata Arciszewska-Mielewczyk** äußerte als Mitglied des polnischen Senats, dass der Bau der geplanten Nordeuropäischen Gaspipeline eine unfreundliche Vorgehensweise gegenüber Polen sei. Sie warnte sowohl vor der Monopolstellung Russlands, die ggf. die politische Erpressbarkeit Europas und insbesondere Polens sowie der baltischen Staaten erhöhen könne, als auch vor den Umweltauswirkungen.

**Franz Thönnnes** betonte, dass die Gaspipeline von der Europäischen Kommission als Schlüsselprojekt für die sichere Energieversorgung im Rahmen transeuropäischer Netzwerke Europas angesehen werde. So setze sich beispielsweise die finnische Staatspräsidentin für das Projekt ein, wenn die Umwelt nicht gefährdet werde. Diesbezüglich würden die notwendigen umweltrelevanten Bestimmungen eingehalten. Zum Pipelinebau habe es bis jetzt 129 Stellungnahmen gegeben, wobei die baltischen Staaten sowie Polen jeweils nur eine Stellungnahme eingereicht hätten. Mit Blick auf die munitionskontaminierten Bereiche habe sich Nord Stream dazu entschlossen, die geplante Trasse nördlich von Bornholm zu verlegen. Er wies darauf hin, dass Umweltrisiken ebenso an Land bestünden. Darüber hinaus lägen Abzweigungsangebote von der Pipeline in die baltischen Staaten sowie Polen vor.

## 2. Sitzungsabschnitt: Arbeit und soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion

**Franz Müntefering**, Bundesminister für Arbeit und Soziales, führte aus, dass die Ostseeregion mit der Erweiterung der Europäischen Union in die Mitte Europas gerückt sei. Insofern stellten die Menschen hohe Erwartungen an die Zusammenarbeit, wobei Ökonomie, soziale Gerechtigkeit und Ökologie gleichberechtigt zu berücksichtigen seien. Der Markt sei naturgemäß nicht sozial ausgerichtet, sondern orientiere sich am Profit. Die Politik habe sich stets die Frage zu stellen, wie sie lenkend eingreifen könne, um Solidarität zu organisieren. Arbeit sei auch eine Frage der Menschenwürde. Allerdings fehlten mittlerweile in vielen Bereichen Fachkräfte, was Europas internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtige. Wohlstand könne nur durch gut ausgebildete Menschen aufrechterhalten werden. Dafür seien Bildungsinvestitionen sowie eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit notwendig. Darüber hinaus müsse Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sowie zwischen Jung und Alt bestehen. Ebenso müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet werden. Abschließend resümierte er, dass es eine weltweite Verantwortung für die Erde gebe, die auch von anderen großen Industrienationen und auch von Schwellenländern wahrzunehmen sei.

**Nikolaus van der Pas**, Generaldirektor der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission wies auf das starke Wachstum der Ostseeregion innerhalb der EU hin. Er bewertete Mobilität als positiven Produktionsfaktor, wobei Arbeitnehmer stärker als bisher über ihre Möglichkeiten informiert werden müssten. Die Arbeitsmärkte der alten EU-Mitgliedsstaaten seien zwar nicht durch die Erweiterung der EU überflutet worden, jedoch bestünde in einigen Entsendeländern bereits ein Fachkräftemangel.

Als Vertreter des Baltic Sea Trade Union Network erklärte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord, **Peter Deutschland**, dass die Qualifikation von Arbeitnehmern zu fördern sei, da wirtschaftliche Entwicklungen nicht allein zu einer sozial gerechten Gesellschaft führten. Noch immer gebe es in Europa skandalöse Arbeitsbedingungen. Die Einführung von Mindestlöhnen würde die Beschränkungen für Arbeitsmigranten verringern, die letztlich auch den Wohlstand ihres Gastlandes mehren. Er vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass die Beschränkung der Freizügigkeit in Staaten der EU keine gute Lösung sein. Es müssten vielmehr Informationszentren für Arbeitnehmer eingerichtet werden, die diese über ihre Möglichkeiten auf dem gesamteuropäischen Arbeitsmarkt informieren.

**Sverker Rudeberg**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Immigration von Business Europe, sprach sich ebenfalls gegen Einschränkungen der Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt aus. Schweden habe ohne Übergangsregelungen gute Erfahrungen gemacht und von Freizügigkeit wirtschaftlich profitiert. In anderen Ländern, wie beispielsweise Deutschland, gebe es daher eine Ausweitung der Schwarzarbeit bzw. illegalen Beschäftigung. Hohe Arbeitskosten reduzierten die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt; daher seien insbesondere die Sozialabgaben zu reduzieren. Dies sei wichtig, um Arbeitsplätze für Arbeitslose zu schaffen. Die Steuergesetzgebung müsse die Einrichtung von Arbeitsplätzen fördern und ebenso sei eine lebenslange Weiterbildung von Arbeitnehmern unterstützen. Abschließend führte er aus, dass auch benachteiligte Gruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren seien.

Nach Meinung von **Trivimi Velliste**, Vizepräsident der Baltischen Versammlung, seien Arbeitsmarkt, Humanressourcen sowie die Migration wichtige Themen der EU. Die Bevölkerung in Europa werde im Gegensatz zu anderen Staaten auf der Erde im Durchschnitt immer älter. Insofern seien die Familien zu fördern, damit die Möglichkeiten, Arbeit und Familie miteinander zu verbinden, nicht nur leere Worthülsen seien. Bildung, soziale Sicherung und Nachhaltigkeit seien wichtige Ziele für die Ostseeregion. Der Beitritt der baltischen Staaten zur EU habe auf den nationalen Arbeitsmärkten zu weitreichenden Verwerfungen geführt. Die Emigration von jungen und gut ausgebildeten Menschen führe hier zu einem Arbeitskräftemangel, Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung sowie zu einer Gefährdung der Stabilität von Sozialsystemen.

In der sich anschließenden Diskussion führte **Anke Sporendonk** (Schleswig-Holstein) aus, dass in der Ostseeregion viele Minderheiten lebten, deren Gleichberechtigung zu fördern sei. Minderheiten stellten für jede Gesellschaft einen Mehrwert dar. **Svend-Eric Hovmand** (Dänemark) bewertete den geplanten Bau einer Brücke über den Fehmarnbelt, als wichtige arbeitsmarktpolitische Maßnahme, da sie für einen Zeitraum von bis zu acht Jahren bis zu 8.000 Arbeitsplätze in der südlichen Ostseeregion schaffe.



### 3. Sitzungsabschnitt: Integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** hob die außerordentliche Bedeutung der Meerespolitik für Europa und insbesondere für die Ostseeregion hervor. Er verwies dabei auf die Planungen der Europäischen Kommission im Oktober, die Ergebnisse des Konsultationsprozesses zum Grünbuch über eine europäische integrierte Meerespolitik sowie auf die Absicht der HELCOM, im November einen Ostseeaktionsplan vorzulegen. Anfang 2008 werde die Verabschiedung der nationalen Meeresstrategie durch die Bundesregierung erwartet. Er konstatierte, dass Deutschland der Nord- und Ostsee einen beachtlichen Teil seiner Wirtschaftskraft verdanke. Für die Übernutzung der Meere gebe es heute deutliche Signale: z. B. Übersäuerung der Meere, Klimaerwärmung etc. Man müsse zu einer Balance von Schutz und Nutzung kommen. Wenn man der Überfischung sowie der Eutrophierung der Meere nicht begegne, werde man in wenigen Jahrzehnten keine kommerzielle Fischerei mehr ausüben können. Er sehe die Europäische Meeresstrategie als Umweltsäule der integrierten maritimen Politik. In diesem Zusammenhang seien vorhandene Strukturen oder Regional Kooperationen wie HELCOM und OSPAR effektiv einzubinden. Der Aufbau neuer Strukturen sei dazu nicht notwendig. Mit der Entwicklung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes sollten konkrete Vorgaben auf den Aktionsfeldern Eutrophierung, Schadstoffe, Artenvielfalt sowie maritime Aktivitäten für die Anrainerstaaten aufgestellt werden. Allerdings sei der derzeitige Verhandlungsstand nicht zufriedenstellend, da sich die Vertragsstaaten auf der Suche nach einvernehmlichen Lösungen teilweise gegenseitig blockierten. Er warnte vor dem Scheitern des Ostseeaktionsplanes, da dies mit einem Scheitern der Regional Kooperation im Ostseeraum verbunden wäre. HELCOM sei ein wichtiges umweltpolitisches Scharnier zwischen der EU und Russland. Er konstatierte abschließend, dass Europa an einem Scheideweg für die Zukunft der Meere stehe.

**Paul Nemitz**, stellvertretender Leiter des Arbeitsstabes Meerespolitik der Europäischen Kommission beim Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten, führte aus, dass es im Rahmen des Konsultationsprozesses zum Grünbuch insgesamt 500 schriftliche Beiträge sowie 200 Fachveranstaltungen gegeben habe. Aus der Ostseeregion seien der Kommission 85 Beiträge zugeleitet worden. Er unterstrich, dass die Meerespolitik derzeit eine hohe Priorität in der Kommission genieße. Zum 10. Oktober 2007 solle der Entwurf eines Aktionsplanes vorgelegt werden, der dem Europäischen Rat sowie dem Parlament vorgelegt werden solle. Wesentliche Schwerpunkte seien die Gewährleistung und Erhöhung der maritimen Sicherheit (Schiffe und Seewege), die Überführung staatlicher Überwachungseinrichtungen in einen gemeinsamen Verbund, die Bündelung der Zuständigkeiten, eine verbesserte Raumplanung, ein weitreichender Meeresschutz auch zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen, ein nachhaltiger Tourismus sowie der Umwelt- und Naturschutz. Hinsichtlich der dramatischen Situation der Fischerei forderte er bilaterale Abkommen zwischen der EU und Russland. Ebenso müssten eine stringente Umsetzung der Maßnahmen nach der Reform der europäischen Fischereipolitik im Jahr 2003 sowie die Einhaltung und Überwachung der Fangquoten in jedem EU-Mitgliedsstaat konsequent erfolgen. Darüber hinaus müsse mit dem einzigen Nicht-EU-Mitglied in der Ostseeregion enger zusammengearbeitet werden. Hinsichtlich der Emissionsminderung bei Schiffen hielt er deren Landstromversorgung in den Häfen für sinnvoll. Allerdings sollte dieser Strom nicht mit Steuern belegt werden, um einen Anreiz zu schaffen, die mit Schweröl betriebenen Schiffsdiesel in den Häfen auszuschalten.

Als Vorsitzender der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes, stellte Prof. **Mieczyslaw S. Ostojki** fest, dass umfassende und konkrete Maßnahmen des Ostseeaktionsplanes zurzeit kontrovers diskutiert würden. Mangels Einigungswillen der Vertragsstaaten stellte er die Verabschiedung eines Aktionsplanes im November während der Umweltministerkonferenz in Krakau infrage. Eine Absage des Ministertreffens und ein Scheitern des Ostseeaktionsplanes würde allerdings gleichzeitig das Ende der HELCOM nach 30 Jahren erfolgreicher Arbeit bedeuten. HELCOM könne nur Empfehlungen abgeben, die im Konsens beschlossen werden könnten. Als Regionalkooperation sei HELCOM darauf angewiesen, dass auch Russland mitmache. Dies gelänge nur, wenn dessen spezifische Interessen berücksichtigt würden. Erfreulich sei, dass die Verstärkung der Luftüberwachung zu einer Verminderung illegaler Öleinleitungen geführt habe. Ziel sei es, die Einleitungen und Emission von Schiffen auf ein Minimum zu reduzieren.

**Asmund Kristoffersen** hob als Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung hervor, dass die Eutrophierung sämtliche Ostseeanrainerstaaten betreffe und sich letztlich gravierend auf den ökologischen Zustand der Meeresgebiete und die Wirtschaft auswirke. Die „Überdüngung“ der Ostsee zeige sich regelmäßig durch die Algenblüten. Die Arbeitsgruppe habe rund 1½ Jahre an Empfehlungen zur Verbesserung des ökologischen Zustandes gearbeitet und diese der Konferenz als politische Empfehlungen unterbreitet. Wesentliche Maßnahmenfelder seien, eine umweltfreundliche Landwirtschaft, die effiziente Behandlung industrieller und kommunaler Abwässer, die umweltgerechte Entsorgung von Schiffsabwässern und -abfällen, ein Verbot phosphathaltiger Waschmittel/Detergentien, die Verminderung von Schad- und Nährstoffeinträgen über den Luftpfad, die Verstärkung der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit sowie die Verstärkung der regionalen Kooperation. Wichtig dabei sei, dass Maßnahmen kosteneffektiv durchgeführt würden und sich an den jeweiligen Erfordernissen vor Ort orientierten. Dies setze eine umfassende Planung, Begleitung und Nacharbeit voraus. Agrarpolitik brauche nicht im Widerspruch zur Umweltpolitik stehen. Um erfolgreich zu sein, brauche es ein hohes Ausmaß an politischem Mut. Er forderte die Konferenz auf, die Umsetzung der von der Arbeitsgruppe empfohlenen Handlungsempfehlungen zu überwachen.

Während der sich anschließenden Diskussion vertrat **Manuel Sarrazin** (Hamburg) die Auffassung, dass der schlechte ökologische Zustand der Ostsee im Wesentlichen durch die Landwirtschaft verursacht werde und dies auch im Grünbuch der Europäischen Kommission zu berücksichtigen sei. Darüber hinaus müsse sich des Problems der in der Ostsee versenkten Munition und chemischen Kampfstoffe aus dem zweiten Weltkrieg angenommen werden. **Dorata Arciszewska-Mielewczyk** führte aus, dass die Europäische Kommission die schwierige Lage der polnischen Fischer kenne. Strenge Kontrollen der Fangmengen hätten zur Folge, dass immer mehr Fischer ihren Beruf nicht mehr ausüben könnten. Diese Situation sei für Polen sehr problematisch. **Renate Holznagel** dankte der Konferenz sowie dem Ständigen Ausschuss für das dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern bei der Wahrnehmung des HELCOM-Beobachterstatus entgegengebrachte Vertrauen. Sie hob weiter hervor, dass es sehr wichtig sei, dass Parlamentarier gegenüber ihren Regierungen deutlich machten, wie bedeutsam der HELCOM-Ostseeaktionsplan für die Zukunft der Ostseeregion ist und dass möglichst weitreichende Maßnahmen festgeschrieben werden müssten.

Damit könnten die Anrainerstaaten dokumentieren, dass der Ostseeraum eine ökologische Modellregion in Europa sein könne, in der die Lösung von Problemen Priorität habe und nicht nationale Egoismen im Vordergrund stünden. Mit der Forderung, innovative Navigationstechniken, wie das Satellitennavigationssystem GALILEO in Verbindung mit GMES, einzuführen und zu verwenden, liege man genau richtig, um in der Zukunft entscheidende Verbesserungen in der maritimen Sicherheit zu erreichen. **Ole Stavad** erklärte, dass den Abgeordneten der politische Handlungsbedarf sehr deutlich vor Augen geführt worden sei. Diesbezüglich sehe er die Notwendigkeit, dass der Dialog zwischen den Parlamenten und den Regierungen unverzüglich einsetze. Eine Sensibilisierung für die Probleme bei HELCOM sei dringend notwendig. **Christel Happach-Kasan** (Deutscher Bundestag) forderte, dass die Bürger der Ostseeanrainerstaaten verstärkt über die Ziele von Maßnahmen, das Erreichte sowie die Verwendung von Steuermitteln informiert würden, um deren Problembewusstsein zu schärfen.

**Anlage 1  
(nichtamtliche Übersetzung)****Konferenzresolution  
angenommen durch die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)**

Die Teilnehmer der Konferenz\*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten und dem Europäischen Parlament, die am 27./28. August 2007 in Berlin, Deutschland, zusammengekommen sind,

um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Energieangelegenheiten, Arbeitsmarktfragen und soziale Wohlfahrt, eine integrierte Meerespolitik und die Eutrophierung der Ostsee zu erörtern,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

**im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region**

1. den Informationsaustausch auf allen Ebenen fortzusetzen und zu verstärken,
2. gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Ostseeregion vor allem in Bezug auf Energiefragen, eine integrierte Meerespolitik sowie Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Wohlfahrt zu einer europäischen Modellregion zu entwickeln,
3. die Rolle der interparlamentarischen und zwischenstaatlichen Kooperation in der Ostseeregion zu stärken und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern, u. a. auch durch eine Stärkung der Nichtregierungsorganisationen und eine Unterstützung der Fortsetzung der Tätigkeit des NGO-Forums,
4. die zwischenstaatlichen Organisationen im Bereich der Politik der Nördlichen Dimension nachdrücklich aufzufordern, die Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und zur Vermeidung von Doppelarbeit zu intensivieren und die Entwicklung einer Ostseestrategie zu unterstützen,

**im Hinblick auf Energiefragen und den Klimawandel in der Ostseeregion**

5. mittelfristig gemeinsam in allen Ostseestaaten Untersuchungen zu Energie- und Umweltfragen durchzuführen sowie konkrete Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Hinblick auf Energiefragen in der Ostseeregion unter Berücksichtigung der Effizienz, Versorgung, Sicherheit und der erneuerbaren Energien zu ergreifen und gleichzeitig auch Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu berücksichtigen,
6. die Bürgerbeteiligung in der Ostseeregion im Hinblick auf Energie- und Umweltfragen deutlich zu verstärken und neue Möglichkeiten für eine solche aktive Beteiligung zu erforschen, natürliche Energieressourcen als eine Verantwortung der Öffentlichkeit zu begreifen und die Ostseeregion zu einer Modellregion für erneuerbare Energien in Europa zu entwickeln,
7. Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass Informationen über mögliche wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Folgen von Infrastrukturprojekten in und an der Ostsee über entsprechende Einrichtungen unter den Küstenstaaten ausgetauscht werden und dass bei allen Infrastrukturprojekten (z. B. der Nordeuropäischen Gaspipeline und dem Baltic Gas Interconnector) gemäß internationalen Verpflichtungen eine gründliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird und die Anforderungen an die Energieversorgungssicherheit der gesamten Ostseeregion dabei zu berücksichtigen,

**im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die öffentliche Wohlfahrt in der Ostseeregion**

8. Hindernisse für die Arbeitsmarktmobilität zu beseitigen und in jedem Land für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen,
9. vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Grenzgängern das Thema der grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte auf die Tagesordnung des Ostseerats zu setzen und politische Maßnahmen zur Einrichtung von Informationszentren in der Region an stark frequentierten Grenzübergängen zu unterstützen, welche die Mobilität der Arbeitnehmer fördern und sie in Sozialversicherungsfragen beraten sollen. Solche Zentren sollen den Arbeitnehmern umfassende Informationen über steuer- und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten liefern. Auch Informationen über Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten in Nachbarländern der Region müssen verbessert werden,
10. Arbeitsmärkte zu fördern, die auch benachteiligte Gruppen sowie junge Menschen integrieren, um sie in Arbeit und Gesellschaft einzugliedern und ihr Potenzial zu nutzen,
11. die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Ostseeanrainerstaaten unter Verweis auf entsprechende Normen der IAO und der OECD zu fördern und keine doppelten Standards bei multinationalen Gesellschaften zuzulassen,

**im Hinblick auf eine integrierte Meerespolitik**

12. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zu einer europäischen maritimen Modellregion - d. h. zum saubersten und sichersten Meer Europas - zu entwickeln, indem allen Ostseeanrainerstaaten die Ratifizierung der bestehenden völkerrechtlichen Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt empfohlen wird (wie z. B. der „Anti-Fouling“-Konvention, der Ballastwasser-Konvention und der Gefahr- und Schadstoff- sowie der Bunker-Konvention), und ebenso die Entwicklung von „Clean-Ship“- und „Clean-Port“-Projekten weiter fortzusetzen,
13. Ideen zu entwickeln, wie die Ostseeregion zu einer Pilotregion werden könnte, die zeigt, dass eine wettbewerbsfähige Meeresindustrie mit einem wirksamen Schutz maritimer Ökosysteme vereinbar ist,
14. verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei (IUU) in der Ostseeregion gemäß international anerkannter Bestimmungen zu ergreifen,
15. angesichts der starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee konkrete und wirksame Schritte zu ergreifen, um für ein hohes Maß an maritimer Sicherheit zu sorgen, z. B. durch
  - eine Stärkung der Arbeit der Küstenwachen in der Ostseeregion durch Koordination and Kooperation
  - eine Förderung innovativer Navigationstechnologien, wie z. B. das Satellitennavigationssystem GALILEO in Verbindung mit GMES (Global Monitoring System for Environment and Security),
  - den Einsatz von Lotsen auf navigatorisch schwierigen Seewegen entsprechend international anerkannter Bestimmungen und Normen,
  - die Förderung eines sicheren Betriebs von Schiffen unter schwierigen Bedingungen im Winter und auch bei Eisgang,
  - die Anwendung der aus der Flugsicherung bekannten Grundsätze auf die Überwachung und Regelung des Seeverkehrs in der gesamten Ostsee,

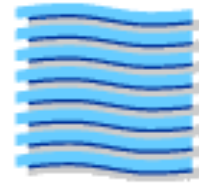
**Im Hinblick auf die ernste Situation bei der Eutrophierung und anderen Formen der Umweltverschmutzung**

16. die endgültige Entwicklung eines äußerst ehrgeizigen HELCOM-Ostseeaktionsplans, der im Herbst 2007 in Krakau verabschiedet werden soll, zu unterstützen und alle beschlossenen Maßnahmen ordnungsgemäß umzusetzen,
17. die politischen Empfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung anzunehmen, alle darin enthaltenen Maßnahmenvorschläge umzusetzen und im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

## Die Konferenz

18. nimmt ferner mit Befriedigung den positiven Prozess des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen der Mitgliedsstaaten des Ostseerats, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht über die Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen,
19. fordert die Regierungen der Mitgliedsländer des Ostseerats auf, zur Förderung des Reformprozesses des Ostseerats in einen engen Dialog mit Parlamentariern in allen Mitgliedsländern einzutreten, fordert die Präsidentschaft des Ostseerats nachdrücklich auf, alle Überlegungen zu einer neuen Struktur dem Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz mitzuteilen, damit sich dieser damit vertraut machen und Kommentare abgeben kann, bevor von Regierungsseite in dieser Angelegenheit Beschlüsse gefasst werden;
20. erkennt die eigene Verantwortung für die Einleitung und Vertiefung des Dialogs und der Koordination zwischen regionalen Organisationen in der Ostseeregion und in Nordeuropa insgesamt an,
21. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel einzusetzen, die im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,
22. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und Soziales einzusetzen, die im Rahmen eines Dialogs und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern während der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,
23. verabschiedet die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft treten wird,
24. beschließt, Fragen der Energie und des Klimawandels während der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby zu behandeln,
25. begrüßt dankbar die freundliche Einladung des schwedischen Riksdag, die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz am 1./2. September 2008 in Visby abzuhalten.

\* Baltische Versammlung, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Europäisches Parlament, Nordischer Rat und die Parlamente von Åland, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Estland, Finnland, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, Island, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Norwegen, Polen, der Region Kaliningrad, der Karelischen Republik, der Region Leningrad, der Region Murmansk, der Region Pskow, Schleswig-Holstein, Schweden, der Stadt St. Petersburg, sowie die Parlamentarische Versammlung Nordwest Russlands und die Parlamentarische Versammlung des Europarats.

**Anlage 2  
(nichtamtliche Übersetzung)****Ostseeparlamentarierkonferenz  
Arbeitsgruppe Eutrophierung****Beschluss**

**der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz  
28. August 2007, Berlin**

**Politische Empfehlungen der Arbeitsgruppe****Hintergrund**

Aufgrund der zahlen- und volumenmäßigen Zunahme abnormer Algenblüten in zahlreichen Gebieten der Ostsee entwickelt sich die Eutrophierung zu einem Phänomen, das sich immer weniger ignorieren lässt. Die Eutrophierung, die auf ein Übermaß an Stickstoff- und Phosphoreinträgen zurückzuführen ist, stellt eine ernste Bedrohung nicht nur für die Umwelt und Artenvielfalt der Ostsee dar, sondern auch für den Tourismus, die Fischerei sowie die Erholungsmöglichkeiten der Bevölkerung in den betroffenen Gewässern und deren Umgebung. Eine intakte Ostsee ist für sämtliche Staaten im Ostseeraum von großer Bedeutung. Zuverlässige und dauerhafte Lösungen müssen auf intensiver Zusammenarbeit und ernsthaften Bemühungen der Ostseestaaten basieren, die alle zu dem aktuellen Problem beitragen.

Man kann die Ostseeanrainerstaaten nicht für alle Nährstoffeinträge in die Ostsee verantwortlich machen - ein Großteil der Einträge im Wasser ist auf Länder zurückzuführen, die am Oberlauf der in die Ostsee mündenden Flusssysteme liegen, und die Einträge aus der Luft stammen bis zu einem gewissen Grad aus noch weiter entfernten Emissionsquellen.

In den vergangenen Jahren haben Regierungen und Forschungsinstitute umfangreiche Informationen über die Ursachen und Wirkungen der Eutrophierung bereitgestellt. Die Regierungen der Staaten in der Ostseeregion haben sich bereits zuvor in Form von Initiativen mit dem Problem befasst, doch konnte bislang keine zufriedenstellende Verbesserung herbeigeführt werden. Im November 2006 hat das Europäische Parlament die EU-Strategie für die Ostseeregion verabschiedet, die im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union eine Reihe von Empfehlungen zum Thema Eutrophierung enthält.



Die Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes, die HELCOM, erstellt derzeit einen Aktionsplan für die Ostsee (Baltic Sea Action Plan - BSAP), der Ende 2007 veröffentlicht werden soll. Mit diesem Plan wird auf die schwerwiegenden Probleme reagiert, welche die Eutrophierung verursachen. Auch der Ostseerat (Council of Baltic Sea States - CBSS) befasst sich mit dem Problem. Im April 2007 wurde bei der Konferenz hochrangiger Vertreter der Landwirtschafts- und Umweltministerien aller Mitgliedstaaten des Ostseerats eine gemeinsame Erklärung über Initiativen zur Bekämpfung der Eutrophierung abgegeben.

**Um die inakzeptable Lage der Ostsee anzugehen und zu verbessern - die gekennzeichnet ist durch ein zu einem Sauerstoffdefizit am Meeresboden führendes Übermaß an Nährstoffen wie Stickstoff und Phosphor im Wasser und in den Sedimenten, das wiederum abnorme Algenblüten, den Verlust der Artenvielfalt, wirtschaftliche Einbußen in den Bereichen Fischerei und Tourismus sowie eine eingeschränkte Qualität des Lebens in der freien Natur für die gesamte Bevölkerung zur Folge hat - empfiehlt die Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ der Ostseeparlamentarierkonferenz die nachstehenden Initiativen und Maßnahmen.**

### Allgemeines

1. Die Regierungen sämtlicher Mitgliedstaaten des Ostseerats (CBSS) werden aufgefordert, alle bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen, die eine Reduzierung der Nährstoffeinträge in die Ostsee anstreben, unverzüglich umzusetzen.
2. Die Konferenz hochrangiger Vertreter der Landwirtschafts- und Umweltministerien aller Mitgliedstaaten des Ostseerats, die im April 2007 in Saltsjöbaden (Schweden) stattfand, wird gewürdigt und begrüßt. Der Ostseerat und all seine Mitgliedstaaten werden aufgefordert, diese Initiative auszubauen und in Zukunft regelmäßige Zusammenkünfte der Landwirtschaftsminister und der Umweltminister anzuberaumen, um den Eutrophierungszustand der Ostsee zu erörtern und notwendige politische Anpassungen zu beschließen.
3. Der auf der Grundlage ökologischer Ziele entstandene Aktionsplan für die Ostsee (Baltic Sea Action Plan - BSAP) der HELCOM wird begrüßt. Alle Regierungen der Region werden mit besonderem Nachdruck aufgefordert, diesen ehrgeizigen Aktionsplan zu unterstützen, sich für den Plan zu engagieren und ihn uneingeschränkt umzusetzen.
4. Alle Regierungen der Mitgliedstaaten des Ostseerats werden nachdrücklich aufgefordert, bis Ende 2009 nationale Pläne zur Reduzierung der Eutrophierung zu erarbeiten (bzw. bereits vorhandene Pläne zu überarbeiten), die ausführliche Angaben darüber enthalten müssen, wie das betreffende Land die Ziele des Aktionsplans für die Ostsee zu erreichen gedenkt. Im Fall der EU-Mitglieder *[des Ostseerats]* sollte der nationale Umsetzungsplan den Zusammenhang und mögliche Synergie-Effekte zwischen dem Ostseeaktionsplan und dem EU-Recht zu diesem Thema wiedergeben.
5. Die HELCOM und die Regierungen werden nachdrücklich aufgefordert, für die einzelnen Länder und Subbasins im Rahmen des BSAP 2007 eine Reihe von verbindlichen Zielen zur Verringerung des Nährstoffeintrags zu definieren und sich für deren Verwirklichung einzusetzen. Die Ziele müssen innerhalb eines vorgegebenen kurzen Zeitraums erreicht werden, wobei es jedem Land gestattet sein soll, kosteneffiziente Lösungen zu wählen.

6. Die HELCOM wird aufgefordert, weitere Bewertungen der Frage vorzunehmen, ob ein gut funktionierendes kosteneffektives Handelssystem für Nährstoffquoten in der Ostsee-region realisierbar ist.
7. Die bestehende bi- und trilaterale Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten des Ostseerats und Ländern im Einzugsgebiet der Ostsee, die nicht im Ostseerat vertreten sind (z. B. Weißrussland und die Ukraine), wird begrüßt. Der Ostseerat und die HELCOM sollten sich um eine intensivere Kommunikation sowie um die aktive Teilnahme von nicht in der HELCOM und im Ostseerat vertretenen Ländern an der Umsetzung der maßgeblichen HELCOM-Initiativen zur Reduzierung der Eutrophierung der Ostsee bemühen.
8. Die EU-Mitgliedstaaten des Ostseerats sollten sich einzeln und gemeinsam für die Verabschiedung einer EU-Meeresstrategierichtlinie einsetzen. Die russische Regierung wird nachdrücklich aufgefordert, parallel dazu strenge Umweltschutzbestimmungen für die Schmutzwasseraufbereitung, die Landwirtschaft und sonstige zur Eutrophierung der Ostsee beitragende Sektoren umzusetzen. Im Rahmen bestehender Kooperationen sollte sich der Ostseerat darum bemühen, in den nicht im Ostseerat vertretenen Mitgliedstaaten im gesamten Einzugsgebiet der Ostsee (z. B. Weißrussland und die Ukraine) eine umfassende die Eutrophierung der Ostsee betreffende Umweltgesetzgebung einzuführen und zu harmonisieren.

### **Landwirtschaft**

9. Jedes Land sollte bestrebt sein, seine Agrarpolitik dergestalt auf seine Umweltpolitik abzustimmen, dass Synergie-Effekte zwischen Agrar- und Umweltpolitik entstehen sowie Maßnahmen der landwirtschaftlichen Produktion sich nicht nachteilig auf die Umweltpolitik auswirken.
10. Die HELCOM und die Regierungen werden nachdrücklich aufgefordert, Maßnahmen zur Reduzierung des Nährstoffeintrags aus der Landwirtschaft zu definieren, damit diese bis spätestens November 2007 in den endgültigen Aktionsplan für die Ostsee (BSAP) aufgenommen werden können.
11. Darüber hinaus sollten sich sämtliche Regierungen uneingeschränkt einsetzen für:
  - die Förderung der besten landwirtschaftlichen Praktiken bereits auf der Ebene der Bauernhöfe,
  - die Förderung des Ausbaus eines nährstoffeffizienten biologischen Ackerbaus in der Region,
  - die Förderung von Bewirtschaftungsverfahren, die zu einer Reduzierung der Nährstoffeinträge beitragen, sowie die Motivierung der Landwirte zur Einführung solcher Verfahren,
  - die Förderung eines besseren Gleichgewichts zwischen Viehhaltung und verfügbarem Land.

12. Die EU-Mitgliedstaaten des Ostseerats (CBSS) sollten:

- Erfahrungen austauschen und bestrebt sein, die vorhandenen Möglichkeiten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) optimal auszuschöpfen, um den Nährstoffeintrag der Landwirtschaft zu reduzieren,
- dafür sorgen, dass die IPPC-Richtlinie der EU von landwirtschaftlichen Unternehmen, die Massentierhaltung praktizieren, vollständig und uneingeschränkt umgesetzt wird,
- sich bis zum Jahr 2008 um die notwendigen Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU bemühen, um den mit Direktzahlungen an die Landwirte verbundenen Umwelanforderungen größeren Nachdruck zu verleihen, z. B. beim Prozess des „Gesundheits-Checks“ der GAP.

Die Regierungen der nicht zur EU gehörenden Mitgliedstaaten des Ostseerats im gesamten Einzugsgebiet werden aufgefordert, Umweltschutzbestimmungen in der Landwirtschaft umzusetzen und zu verstärken.

### **Abwasser und Schmutzwasser**

13. Alle Regierungen werden nachdrücklich aufgefordert, wirksame Schmutzwasserbehandlungssysteme auf der Grundlage der besten verfügbaren Technologie sämtlicher Kommunen in der Ostseeregion zu errichten und zu unterhalten sowie - soweit erforderlich - die Vernetzung dieser Anlagen mit den Abwasserleitungen auszubauen.
14. Die Regierungen werden aufgefordert, an der Bewertung der Frage mitzuwirken, inwieweit Einträge aus ländlichen Streusiedlungen und kleinen Gemeinden auf kosteneffiziente Weise verringert werden können und welches Potenzial dafür vorhanden ist.
15. Alle Regierungen werden nachdrücklich aufgefordert, den Verkauf und die Verwendung phosphathaltiger Waschmittel so schnell wie möglich zu untersagen.
16. Die Regierungen werden aufgefordert zu gewährleisten, dass Abwasserbehandlungsanlagen und -teiche so konzipiert sind, dass eine Überflutung durch nicht aufbereitetes Schmutzwasser selbst bei starken Niederschlägen vermieden wird. Dabei sollten auch absehbare Veränderungen der Klimabedingungen in der Region Berücksichtigung finden.
17. Die Regierungen werden aufgefordert, ausreichende administrative und finanzielle Ressourcen für die Wasserwirtschaft bereit zu stellen sowie adäquate Vorkehrungen für die Mitwirkung an regionalen und internationalen Kooperationen zu treffen.

### **Stickstoffemissionen in die Atmosphäre**

18. Alle Regierungen und die HELCOM werden nachdrücklich aufgefordert, Initiativen für eine unverzügliche Verringerung der Stickstoffemissionen in die Atmosphäre auf Grund von Transporten auf dem Land- und Seeweg, der Energieverbrennung sowie der Landwirtschaft in der Ostseeregion zu ergreifen.
19. Alle Regierungen werden aufgefordert, über die HELCOM und die EU die internationale Zusammenarbeit zur Verringerung der sich über große Entfernungen ausbreitenden Stickstoffemissionen zu intensivieren.

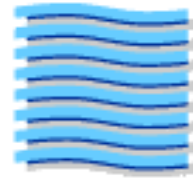
### **Schifffahrt und Maritime Aktivitäten**

20. Die Regierungen und die HELCOM werden aufgefordert, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um den Nährstoffeintrag durch die Einleitung von Abwässern aller Schiffsarten in die Ostsee zu verringern.
21. Die Regierungen werden aufgefordert, Initiativen zu ergreifen, die gewährleisten, dass Ostseehäfen über Auffangeinrichtungen für Schiffsabwässer verfügen.
22. Alle Regierungen und die HELCOM werden nachdrücklich aufgefordert, die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) in Bezug auf das MARPOL-Übereinkommen dahingehend zu beeinflussen, dass strengere Vorschriften für die Einleitung von Schiffsabwässern in die Ostsee sowie für Emissionen in die Atmosphäre eingeführt werden.

### **Öffentliches Bewusstsein, Forschung und Entwicklung**

23. Die Regierungen werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit interessierten Hochschulen, Schulen, wirtschaftlichen und zivilen Organisationen folgende Maßnahmen zu ergreifen:
  - ein Bewusstsein für die durch die Eutrophierung bedingten Probleme bei den Kommunen, der Industrie, der Landwirtschaft, der Landbevölkerung, den Reedern, den Touristen und der interessierten Öffentlichkeit zu entwickeln. Ein wichtiges Ziel sollte darin bestehen, die Menschen zu einer Änderung ihres persönlichen Verhaltens anzuregen und die Akzeptanz der erforderlichen Umweltmaßnahmen zu verbessern.
  - Demonstrationsprojekte für neue Technologien und Systeme, die den Nährstoffausstoß verringern, zu etablieren und finanziell zu unterstützen - z. B. Vorrichtungen zur Reduzierung des Nährstoffeintrags aus der Landwirtschaft, kleinere Schmutzwasserbehandlungsanlagen und Abwasserauffangeinrichtungen in den Häfen, Maßnahmen zur Neugestaltung des Transports auf dem Land- und Seeweg, etc.
  - sich dafür einzusetzen, dass die Erfahrungen erfolgreicher Initiativen, Demonstrationsprojekte und Methoden, die ein Land in den Bereichen Landwirtschaft, dünn besiedelte, ländliche und entlegene Streusiedlungen, Kommunen, Schifffahrt und Industrie gemacht hat, systematisch mit allen anderen Ländern des Einzugsbereichs geteilt werden. Die Realisierbarkeit des Erfolgs in anderen Ländern sollte überprüft werden, damit positive Erfahrungen eine möglichst weite Verbreitung finden.
24. Die Regierungen werden aufgefordert, regionale und nationale Forschungsprogramme zu erarbeiten, um die Entwicklung neuer und verbesserter Technologien, Lösungen und Empfehlungen zur Verringerung der Eutrophierung der Ostsee anzuregen und auf diese Weise wertvolle Hintergrundinformationen für politische Entscheidungen sowie private und öffentliche Investitionen zu liefern.
25. Das MARE-Modell wird begrüßt. Es handelt sich dabei um ein System zur Entscheidungsunterstützung, das einen Zusammenhang zwischen ökologischen Zielen und menschlichen Aktivitäten herstellt und Szenarien für kosteneffiziente politische Antworten bewertet. Die Regierungen werden nachdrücklich aufgefordert, das System weiterzuentwickeln, um z. B. Berechnungen möglicher [Emissions-]Minderungen auf Grund bestimmter Vorschriften in der Landwirtschaft zu erleichtern.

Anlage 3  
(nichtamtliche Übersetzung)



## **Ostseeparlamentarierkonferenz (B S P C)**

### **Geschäftsordnung für die Parlamentarierkonferenz, den Ständigen Ausschuss und den Erweiterten Ständigen Ausschuss**

(bestätigt von der 8. Parlamentarierkonferenz am 8. September 1999 in Mariehamn,  
geändert durch die 11. Konferenz am 1. Oktober 2002 in St. Petersburg  
sowie die 14. Parlamentarierkonferenz am 30. August 2005 in Vilnius,  
gültig nach Beendigung der 14. Konferenz, geändert durch die 16. Parlamentarierkonferenz  
am 28. August 2007 in Berlin, gültig nach Beendigung der 16. Konferenz)

#### **Präambel**

#### **Ziele der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)**

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) soll:

1. politische Maßnahmen in der Region initiieren und begleiten,
2. demokratische Institutionen in den beteiligten Staaten unterstützen und stärken,
3. den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der zivilen Gesellschaft verbessern,
4. die gemeinsame Identität der Ostseeregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten auf der Grundlage der Gleichheit verbessern,
5. politische Maßnahmen in der Ostseeregion initiieren und begleiten, wodurch diese Maßnahmen eine stärkere demokratische Legitimation und eine parlamentarische Billigung erfahren.

**Teil 1****Teilnehmer/Mitglieder**

1. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) setzt sich aus Mitgliedern der nationalen und regionalen Parlamente der 11 Ostseeanrainerstaaten, die dem Ostseerat angehören, sowie aus der Baltischen Versammlung, dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Nordischen Rat zusammen. Parlamentarische Delegationen bestehen je nach der Größe eines Landes bzw. autonomen Gebiets aus je 2-5 Personen. Die Größe einer Delegation und die Zahl zusätzlicher Teilnehmer werden in Absprache mit dem Parlament des jeweiligen Gastlandes durch den Ständigen Ausschuss festgelegt.
2. Organisationen, die gemäß der als Anhang 2 beigefügten Übersicht den Status eines Ständigen Teilnehmers oder eines Beobachters genießen, sind einzuladen.

**Die jährlich stattfindende Parlamentarierkonferenz**

1. Die BSPC veranstaltet einmal jährlich eine Konferenz.
2. Die Tagungsorte wechseln nach dem Rotationsprinzip; sowohl nationale als auch regionale Parlamente dürfen sich um die Austragung der Konferenz bewerben.
3. Die Einladung zur Konferenz wird vom Parlament des jeweiligen Gastlandes bzw. der jeweiligen Gastregion ausgesprochen. Die praktische Organisation der Konferenz vor Ort, die Erstellung der notwendigen Dokumentation, die Sicherstellung der Presseberichterstattung und die Veröffentlichung eines Konferenzberichts obliegen jeweils dem gastgebenden Parlament.
4. Alle im Zusammenhang mit der praktischen Durchführung der Konferenz entstehenden Kosten trägt das gastgebende Parlament. Die Kosten für die Teilnahme an der Konferenz, wie z. B. Reisekosten, Kosten für die Unterbringung und sonstige unmittelbar teilnahmebezogene Kosten, tragen die Teilnehmer selbst.
5. Das Tagungsprogramm und die Tagesordnung der Konferenz legt der Ständige Ausschuss in Absprache mit dem gastgebenden Parlament fest.
6. Das gastgebende Parlament führt den Vorsitz während der Konferenz. Die Debatten im Verlaufe der Konferenz können auf Ersuchen der/des Vorsitzenden der Konferenz von Mitgliedern des Ständigen Ausschusses geleitet werden.
7. Die Arbeitssprache der Konferenz ist Englisch. Das gastgebende Parlament sorgt für eine Simultanübersetzung ins Russische, Skandinavische, Deutsche und nach Möglichkeit auch in andere Sprachen.
8. Nach Berichten und einleitenden Statements findet eine Generaldebatte statt. Während dieser Aussprache genießen die parlamentarischen Vertreter Vorrang.
9. Beschlüsse im Plenum erfolgen durch Konsens zwischen den parlamentarischen Delegationen.

10. Der Entwurf der Konferenzresolution wird durch den Erweiterten Ständigen Ausschuss vorgelegt. Während der Erörterung der Resolution entscheidet der Erweiterte Ständige Ausschuss durch einfache Mehrheit. Abweichende Meinungen können während der Plenarsitzung erläutert werden.
11. Das Ergebnis der Beratungen wird in einer von der Konferenz verabschiedeten Resolution dokumentiert. Die Konferenz richtet die in der Konferenzresolution enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen an den Ostseerat, Regierungen und Parlamente auf nationaler und regionaler Ebene sowie ggf. an supranationale Gremien und internationale Organisationen.
12. Im Rahmen der Konferenzresolution werden auf Einladung eines der teilnehmenden Parlamente Ort und Datum der nächsten Konferenz festgelegt.

## **Teil 2**

### **Ständiger Ausschuss und Erweiterter Ständiger Ausschuss**

#### **1.1 Zusammensetzung (Ständiger Ausschuss)**

Durch die Baltische Versammlung vertretene Parlamentarier aus den baltischen Ländern und durch den Nordischen Rat vertretene Parlamentarier aus den nordischen Ländern, sowie Parlamentarier aus Polen, Deutschland und Russland bilden den Ständigen Ausschuss als ständiges politisches Gremium der Konferenz.

Die einzelnen Länder bzw. Ländergruppen werden jeweils durch ein oder zwei Mitglieder im Ständigen Ausschuss vertreten. Deutschland, die durch den Nordischen Rat vertretenen nordischen Länder und Russland haben je zwei Mitglieder, während die durch die Baltische Versammlung vertretenen baltischen Länder, das Europäische Parlament und Polen jeweils mit einem Mitglied im Ständigen Ausschuss vertreten sind. Die Vertreter der einzelnen Ländergruppen, Länder und Organisationen werden jeweils nach den eigenen Vorschriften ernannt.

#### **1.2 Zusammensetzung (Erweiterter Ständiger Ausschuss)**

Der Erweiterte Ständige Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses und je einem Vertreter der anderen teilnehmenden Parlamente zusammen.

Das Parlament, das im jeweils folgenden Jahr als Gastgeber für die Konferenz auftritt, ist ebenfalls im Ständigen Ausschuss vertreten.

## **2. Aufgaben**

### **2.1 Der Ständige Ausschuss**

ist verantwortlich für

- die Organisation der einmal jährlich stattfindenden Konferenz in Zusammenarbeit mit dem jeweils gastgebenden Parlament,
- die Verfolgung der Umsetzung der auf den vorhergehenden Konferenzen verabschiedeten Schlussresolutionen,
- die Ausarbeitung eines jährlichen Arbeitsprogramms für die Ostseeparlamentarierkonferenz,
- die Sicherstellung einer effektiven Arbeitsweise der Ostseeparlamentarierkonferenz zwischen den Konferenzen,
- die Vorlage eines jährlichen Berichts über die Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz und das jährliche Arbeitsprogramm;

kann sich mit jeder Frage befassen, die für die Ostseeregion von besonderem Interesse und von besonderer Bedeutung ist und kann dazu gegebenenfalls seine Meinung äußern. Entsprechende Stellungnahmen des Ständigen Ausschusses sind der Konferenz vorzutragen.

### **2.2 Der Erweiterte Ständige Ausschuss**

Der Ständige Ausschuss tritt zweimal pro Jahr in einem größeren Kreis als Erweiterter Ständiger Ausschuss zusammen.

Der Erweiterte Ständige Ausschuss ist ein beratendes Gremium, das

- die Schlussresolution während der Konferenz ausarbeitet,
- sich zwischen Dezember und Februar eines jeden Jahres mit dem Vorsitz des Ostseerats trifft. Dabei wird dem Erweiterten Ständigen Ausschuss vom Vorsitzenden des Ostseerats ein Bericht über die Umsetzung der Resolutionen und andere aktuelle Fragen in der Region vorgelegt. Der Erweiterte Ständige Ausschuss befasst sich auch mit den Vorbereitungen für die jeweils bevorstehende Konferenz.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses fungiert als Vorsitzender des Erweiterten Ausschusses.

3. Der Ständige Ausschuss wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden jeweils für einen Zeitraum, der mit dem Schluss der Jahreskonferenz beginnt und mit dem Schluss der Konferenz im folgenden Jahr endet.
4. Die Arbeitssprache des Ständigen Ausschusses ist Englisch.



5. Der Ständige Ausschuss wird durch die Arbeitsebene unterstützt.
6. Bei Bedarf wird der Ständige Ausschuss mit der Ernennung von Berichterstattern und der Einrichtung von ad-hoc-Arbeitsgruppen betraut, die aus eigenen Mitgliedern sowie externen Experten und Vertretern der Arbeitsebene bestehen.
7. Sitzungen des Ständigen Ausschusses werden von dessen Vorsitzenden einberufen.
8. Beschlüsse werden im Ständigen Ausschuss durch Konsens gefasst.
9. Das Sekretariat

Die Gremien und Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz werden von einem gemeinsamen Sekretariat unterstützt und koordiniert. Die Kosten für den Betrieb des Sekretariats werden von allen nationalen und regionalen Parlamenten der Ostseeparlamentarierkonferenz gemäß den Grundsätzen und dem Kostenbeteiligungsmodell in Anhang 3 gemeinsam finanziert.

## Anhang 1

**Eingeladene Parlamente und parlamentarische Organisationen**

Baltische Versammlung	4-5 Vertreter
Bundesversammlung der Russischen Föderation	4-5 Vertreter
Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg	4-5 Vertreter
Bürgerschaft der Hansestadt Bremen	4-5 Vertreter
Deutscher Bundestag	4-5 Vertreter
Europäisches Parlament	4-5 Vertreter
Landtag Mecklenburg-Vorpommern	4-5 Vertreter
Landtag Schleswig-Holstein	4-5 Vertreter
Nordischer Rat	4-5 Vertreter
Parlament der Faröer-Inseln	2-3 Vertreter
Parlament der Region Kaliningrad	4-5 Vertreter
Parlament der Region Leningrad	4-5 Vertreter
Parlament der Republik Karelien	4-5 Vertreter
Parlament der Stadt St. Petersburg	4-5 Vertreter
Parlament von Åland	2-3 Vertreter
Parlament von Dänemark	4-5 Vertreter
Parlament von Estland	4-5 Vertreter
Parlament von Finnland	4-5 Vertreter
Parlament von Grönland	2-3 Vertreter
Parlament von Island	4-5 Vertreter
Parlament von Lettland	4-5 Vertreter
Parlament von Litauen	4-5 Vertreter
Parlament von Norwegen	4-5 Vertreter
Parlament von Polen	4-5 Vertreter
Parlament von Schweden	4-5 Vertreter
Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	4-5 Vertreter
Parlamentarische Versammlung des Europarats	4-5 Vertreter

## Anhang 2

**Eingeladene Beobachter**

1.	Adriatisch-Ionische Initiative (AII)
2.	Baltic 21
3.	Baltischer Ministerrat
4.	Baltisches Entwicklungsforum
5.	BASTUN (Ostseegewerkschaftsnetz)
6.	CIFE (Internationales Zentrum für Europäische Studien)
7.	COSAC (Konferenz der Europaausschüsse)
8.	Europäische Kommission
9.	FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)
10.	GUS-IPV Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – Interparlamentarische Versammlung
11.	Helsinki-Kommission (HELCOM)
12.	IPU
13.	Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC)
14.	NEKON (Northern European Knowledge Network of Excellence)
15.	NGO-Forum
16.	Nordischer Ministerrat
17.	Ostseeforum
18.	Ostsee-Jugendforum
19.	Ostseekommission/KPKR
20.	Ostseerat (CBSS)
21.	Ostsee-Universitätsnetz
22.	PABSEC (Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerwirtschafts- kooperation)
23.	Parlamentarischer Verband von Nordwest-Russland
24.	Ständiger Ausschuss der Parlamentarier der Arktischen Region
25.	State Legislative Leaders Foundation
26.	Union of the Baltic Cities (UBC)
27.	Universitätsnetz der Ostseeregion
28.	Verband der baltischen Handelskammern
29.	WoMen and Democracy - die Frauenkonferenz der Ostseeregion

## Anhang 3

**Gemeinsame Finanzierung des BSPC-Sekretariats**

1. Die nationalen und regionalen Mitgliedsparlamente der Ostseeparlamentarierkonferenz haben sich durch Briefwechsel in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 auf eine gemeinsame Finanzierung der Kosten für den Betrieb des BSPC-Sekretariats geeinigt.
2. Ausgehend von den 2006 für das Sekretariat geschätzten jährlichen Betriebskosten in Höhe von €112.000 wurde ein Kostenbeteiligungsmodell entwickelt. Dieses Modell basiert auf dem vom Ostseerat verwendeten Schlüssel, der allerdings abgeändert wurde, um auch die regionalen Parlamente zu berücksichtigen. Die jeweiligen Kostenbeiträge der einzelnen BSPC-Mitglieder sind weiter unten in Absatz 6 aufgeführt.
3. Die gemeinsamen Finanzmittel des BSPC-Sekretariats sind u. a. für folgende Zwecke zu verwenden:
  - Reisekosten des Sekretariats für Reisen zu Sitzungen des Ständigen Ausschusses, Sitzungen auf Arbeitsebene sowie anderen relevanten Sitzungen und Konferenzen,
  - Verbindungsaktivitäten mit dem Ostseerat,
  - Zusammenstellung und Druck des BSPC-Konferenzberichts,
  - Informationsaktivitäten und Pflege der Website ([www.bspc.net](http://www.bspc.net)),
  - Dolmetschen bei Sitzungen des Ständigen Ausschusses,
  - gemeinsame Aufwendungen, die den Erweiterten Ständigen Ausschuss betreffen.
4. Für die gemeinsamen Finanzbeiträge wurde bei der *Danske Bank* eigens ein Bankkonto eröffnet. Die technischen Modalitäten für die Überweisung der Beiträge wurden den Mitgliedern der Ostseeparlamentarierkonferenz bereits übermittelt.
5. Die Verwendung der auf das Konto eingezahlten Mittel wird einmal jährlich geprüft. Die erste Prüfung erfolgt im Frühjahr 2008 vom dänischen *Rigsrevisionen*, dem dänischen nationalen Rechnungshof.
6. Für die einzelnen BSPC-Mitglieder gelten folgende Kostenbeiträge:

**Beiträge für die „großen“ Länder:**

Dänemark	10.483,20 EURO
Deutschland	10.483,20 EURO
Finnland	10.483,20 EURO
Norwegen	10.483,20 EURO
Polen	10.483,20 EURO
Russland	10.483,20 EURO
Schweden	10.483,20 EURO
Insgesamt	73.382,40 EURO

**Beiträge für die „kleinen“ Länder:**

Estland	3.494,40 EURO
Island	3.494,40 EURO
Lettland	3.494,40 EURO
Litauen	3.494,40 EURO
Insgesamt	13.977,60 EURO

**Beiträge für regionale Parlamente:**

Åland	2.240,00 EURO
Bremen	2.240,00 EURO
Faröer-Inseln	2.240,00 EURO
Grönland	2.240,00 EURO
Hamburg	2.240,00 EURO
Kaliningrad	2.240,00 EURO
Karelien	2.240,00 EURO
Leningrad	2.240,00 EURO
Mecklenburg-Vorpommern	2.240,00 EURO
Schleswig-Holstein	2.240,00 EURO
St. Petersburg	2.240,00 EURO
Insgesamt	24.640,00 EURO

<b>Beitragssumme</b>	<b>112.000,00 EURO</b>
----------------------	------------------------